

TAGE ÖVP-FPÖ REGIERUNG ES REICHT! 527 TAGE  
REGIERUNG ES REICHT! 527 TAGE ÖVP-FPÖ  
ES REICHT! 527 TAGE ÖVP-FPÖ REGIERUNG  
TAGE ÖVP-FPÖ REGIERUNG ES REICHT!  
FPÖ REGIERUNG ES REICHT! 527 TAGE  
ES REICHT! 527 TAGE ÖVP-FPÖ  
527 TAGE ÖVP-FPÖ REGIERUNG  
FPÖ REGIERUNG ES REICHT!  
UNG ES REICHT! 527 TAGE  
527 TAGE ÖVP-  
FP-FPÖ REC  
UNG

527 TAGE  
ÖVP-FPÖ REGIERUNG  
ES REICHT!  
ES  
527  
ÖVP-FPÖ  
REGIERUNG  
ES REICHT!  
527 TAGE  
ÖVP-  
RE



Du entscheidest, ob es so weiter geht!

### Zum Weiterlesen aus der BEIGEWUM-Reihe:

**Factsheets:** <http://www.beigewum.at/factsheets/>

- Factsheet VI Sozialhilfe neu
- Factsheet V Druck auf Arbeitslose
- Factsheet IV Verteilung von Einkommen und Vermögen in AT
- Factsheet III Hartz IV ist kein Vorbild
- Factsheet II Arbeitszeit: Verkürzung statt Flexibilisierung
- Factsheet I Mythos „schwarze Null“

### Kurswechsel „Freie Fahrt für reiche Burschen? Schwarz-Blau ist zurück!“

<http://www.beigewum.at/kurswechsel/jahresprogramm-2018/heft-2018/>

Impressum

Herausgeber  
**BEIGEWUM**  
Schottengasse 3a/1/59  
1010 Wien

Layout: Maximilian Jäger

Die Zeichnungen von Karl Berger sind  
dem Buch Kurzschluss entnommen:  
[www.zeichenware.at](http://www.zeichenware.at)



# WAS DAS BUCH WILL

Auch wenn aufgrund der Ibiza-Impllosion das türkis-blaue, rechtskonservative Projekt nach 527 Tagen abgeblasen wurde und auch in der Zeit der bestehenden Regierung oft mehr angekündigt und beworben wurde als wirklich umgesetzt, so lässt sich doch einiges an seinen Taten messen: Die Einführung des 12-Stunden-Tages bzw. der 60-Stunden-Woche, Kürzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung, Umbau der Sozialversicherungen, Schlusslicht in der Klimapolitik, Einführung politischer Generalsekretariate in allen Ministerien etc. um nur ein paar der negativen Highlights zu nennen.

All diese politischen Vorhaben, die sich auch unter dem Projektnamen „Staatsumbau“ zusammenfassen lassen, können in einem historischen und einem regionalen Kontext gesehen werden: Historisch betrachtet gibt es Kontinuitäten zwischen dem überwunden geglaubten schwarz-blauen (bzw. blau-schwarzen oder schwarz-orangen) Projekt Anfang des neuen Jahrtausends und seiner Neuauflage im Jahr 2017 unter türkis-blauem Banner.

Auch regional bzw. sogar global bläst der politische Wind immer stärker in Richtung neoliberale bzw. konservative Wende: Verstärkt nach und durch die große Krise des Kapitalismus (viel-

mehr eigentlich nur des Kapitals; ob die Krise wirklich systemisch ist bzw. war, wird sich wohl erst noch zeigen) seit 2007 haben nationalistische, rechtsextreme, konservative, neoliberale und revanchistische Strömungen Oberwasser und kommen in immer mehr Ländern auch demokratisch legitimiert an die Macht bzw. an die Oberfläche. Die Linke wirkt unkoordiniert und planlos, die Sozialdemokratie auch unglaubwürdig.

Allen gemein – in Österreich wie in der ganzen Welt – ist diesen rechten Bewegungen eine antidemokratisch-autoritäre Grundeinstellung (in Österreich etwa durch Message Control, Schwächung von Betriebsräten und Gewerkschaften oder nicht glaubhaft durchgeführten Begutachtungsverfahren) mit xenophoben und rassistischen Auswüchsen, die an den „kleinen Mann“ appellieren, während sie „ihm“ seine wirtschaftlichen und demokratischen Grundlagen in Umsetzung der neoliberalen Glaubenslehre entziehen.

Das vorliegende Schwarz-Blau-Buch dokumentiert kurz und übersichtlich eine Reihe von Gesetzen, geplanten Maßnahmen sowie Themenbereiche, in denen unter der türkis-blauen Regierung nichts passiert ist. Auf je einer Seite werden verschiedene Themen präsentiert, indem das Gesetz/

- 44 Vgl. Egyed M.-T. in derstandard vom 11.12.2018 „Regierung schwänzt Volksbegehren-Debatte“, <https://www.derstandard.at/story/2000093704845/regierung-schwaenzt-volksbegehren-debatte>, Zugriff am 1.9.2019
- 45 Vgl. Hausbickler B. in derstandard vom 12.3.2019 „Forderungen des Frauenvolksbegehrens bleiben ohne Umsetzung“, <https://www.derstandard.at/story/2000099428202/forderungen-des-frauenvolksbegehrens-bleiben-ohne-umsetzung>, Zugriff am 1.9.2019
- 46 Vgl. Portal der Arbeiterkammern: Indexierung der Familienbeihilfe. [https://www.arbeiterkammer.at/beratung/berufundfamilie/BeihilfenundFoerderung/Indexierung\\_der\\_Familienbeihilfe.html](https://www.arbeiterkammer.at/beratung/berufundfamilie/BeihilfenundFoerderung/Indexierung_der_Familienbeihilfe.html), Zugriff am 1.9.2019

- 34 Bundesgesetz vom 7. Juli 1988 über die Besteuerung des Einkommens natürlicher Personen (Einkommensteuergesetz 1988 – EStG 1988), BGBl. Nr. 400/1988 idF 100/2018
- 35 Vgl. OTS-Aussendung vom 4.7.2019 „Holzinger/Rossmann: „Das Leuchtturmprojekt Familienbonus als Teelicht der Ungerechtigkeit“, [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20180704\\_OTS0138/holzingerrossmann-das-leuchtturmprojekt-familienbonus-als-teelicht-der-ungerechtigkeit](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180704_OTS0138/holzingerrossmann-das-leuchtturmprojekt-familienbonus-als-teelicht-der-ungerechtigkeit), Zugriff am 1.9.2019
- 36 Konzett E. in Falter.at vom 17.5.2019: „Geld ist dicker als Wasser – wem das österreichische Trinkwasser gehört und wie sich Heinz-Christian Strache die Versorgung in Zukunft vorstellt“, <https://www.falter.at/zeitung/20190517/geld-ist-dicker-als-wasser>, Zugriff am 1.9.2019
- 37 Vgl. u.a. orf.at vom 5.7.2019: „2,5 Mio. Euro für Polizeipferde? Kein Kommentar aus Ministerium“, <https://orf.at/stories/3129201/>, Zugriff am 1.9.2019
- 38 Schreiber D., Möchel K. in Kurier.at vom 19.6.2019: „Kickls geheime Leibgarde: 15 Polizisten bewachten vier FPÖ-Politiker“, <https://kurier.at/chronik/oesterreich/innenminister-herbrt-kickls-geheime-leibgarde-15-polizisten-bewachten-vier-fpoe-politiker-hc-strache/400528792>, Zugriff am 1.9.2019
- 39 Vgl. u.a. diepresse.com vom 25.9.2018: „Kneissl-Hochzeit: Österreich zahlte 223.000 Euro für die Sicherheit der Gäste“, [https://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5502415/KneisslHochzeit\\_Oesterreich-zahlte-223000-Euro-fuer-Sicherheit](https://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5502415/KneisslHochzeit_Oesterreich-zahlte-223000-Euro-fuer-Sicherheit), Zugriff am 1.9.2019
- 40 Vgl. OTS-Aussendung vom 24.11.2011 „FPÖ: Strache: Direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild in Verfassung verankern!“, [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20111124\\_OTS0155/fpoe-strache-direkte-demokratie-nach-schweizer-vorbild-in-verfassung-verankern](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20111124_OTS0155/fpoe-strache-direkte-demokratie-nach-schweizer-vorbild-in-verfassung-verankern), Zugriff am 1.9.2019
- 41 Vgl. diepresse.com vom 7.1.2012 „ÖVP-FPÖ: Kurz für verpflichtende Volksabstimmungen“, [https://diepresse.com/home/innenpolitik/722014/OeVPFPOe\\_Kurz-fuer-verpflichtende-Volksabstimmungen](https://diepresse.com/home/innenpolitik/722014/OeVPFPOe_Kurz-fuer-verpflichtende-Volksabstimmungen), Zugriff am 1.9.2019
- 42 Vgl. Weißensteiner N. in derstandard.at vom 16.12.2019 „Direkte Demokratie: Hohe Hürden für Referenden bis nach 2022 garantiert“, <https://www.derstandard.at/story/2000070508180/regierungsprogramm-oevp-fpoe-kurz-strache-direkte-demokratie>, Zugriff am 1.9.2019
- 43 Vgl. OTS-Aussendung vom 08.10.2018 „Ergebnisse der drei Volksbegehren: ‚Frauenvolksbegehren‘, ‚Don't smoke‘ und ‚ORF ohne Zwangsgebühren‘“, [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20181008\\_OTS0179/ergebnisse-der-drei-volksbegehren-frauenvolksbegehren-dont-smoke-und-orf-ohne-zwangsguebuehren](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181008_OTS0179/ergebnisse-der-drei-volksbegehren-frauenvolksbegehren-dont-smoke-und-orf-ohne-zwangsguebuehren), Zugriff am 1.9.2019

die Maßnahme kurz beschrieben, die Konsequenzen aufgeführt und jeweils VerliererInnen und GewinnerInnen benannt werden. Es handelt sich um eine unvollständige Auswahl der Themen, sie fokussieren hauptsächlich auf eine ArbeitnehmerInnenperspektive. Das Schwarz-Blau-Buch soll all jenen dienen, die eine schnelle Nachschlagemöglichkeit zu einer kritischen Bilanz der türkis-blauen Regierung suchen.

Die Texte wurden in einer Arbeitsgruppe bestehend aus einigen Mitgliedern des Beirats für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische

Alternativen (BEIGEWUM) und seinem Umfeld gemeinsam erarbeitet und diskutiert.

Als Verein verfolgt der BEIGEWUM das Ziel, Ergebnisse kritischer Forschungstätigkeit in die laufende politische Debatte einzubringen. Die inhaltlichen Tätigkeitsschwerpunkte des Vereins liegen in Arbeiten zur Budget- und Verteilungspolitik, Fragen der Europäischen Integration und der feministischen Ökonomie. Der BEIGEWUM gibt vierteljährlich die Zeitschrift Kurswechsel (erscheint im Sonderzahl Verlag) heraus.



- 24 Vgl. u.a. diepresse.com vom 10.12.2018 „Klima: Negativ-Auszeichnung „Fossil of the Day“ geht an Österreich“, [https://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5544328/Klima\\_NegativAuszeichnung-Fossil-of-the-Day-geht-an-Oesterreich](https://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5544328/Klima_NegativAuszeichnung-Fossil-of-the-Day-geht-an-Oesterreich), Zugriff am 1.9.2019.
- 25 Vgl. u.a. kurier.at vom 07.09.2017 „Strache und der Klimawandel: Alles verhandelbar“ <https://kurier.at/politik/inland/strache-und-der-klimawandel-alles-verhandelbar/284.924.906>, Zugriff am 1.9.2019
- 26 Vgl. Europäische Kommission (2019): Empfehlung der Europäischen Kommission vom 18.6.2019 zum Entwurf des integrierten nationalen Energie- und Klimaplan Österreichs für den Zeitraum 2021-2030 (C(2019) 4420 Final); [https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/at\\_rec\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/at_rec_de.pdf), Zugriff am 1.9.2019
- 27 Vgl. Global 2000 vom 18.6.2019: „GLOBAL 2000: EU-Kommission bestätigt grobe Mängel an österreichischem Entwurf zum Klima- und Energieplan“ OTS-Presseaussendung, [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20190618\\_OTS0163/global-2000-eu-kommission-bestaetigt-grobe-maengel-an-oesterreichischem-entwurf-zum-klima-und-energieplan](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190618_OTS0163/global-2000-eu-kommission-bestaetigt-grobe-maengel-an-oesterreichischem-entwurf-zum-klima-und-energieplan), Zugriff am 1.9.2019
- 28 Parlamentskorrespondenz Nr. 787, [https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2019/PK0787/#XXVI\\_A\\_00984](https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2019/PK0787/#XXVI_A_00984), Zugriff am 1.9.2019
- 29 Vgl. Kletzan-Slamanig D., Köppl A. (2016): „Subventionen und Steuern mit Umweltrelevanz in den Bereichen: Energie und Verkehr“, Wifo Februar 2019, <https://www.umweltdachverband.at/assets/Umweltdachverband/Themen/Nachhaltigkeit/WIFO-Studie-Subventionen-und-Steuern-mit-Umweltrelevanz-2016.pdf>, Zugriff am 1.9.2019
- 30 Greenpeace: „Quo vadis Klimapolitik: Die Greenpeace Analyse zur Klima- und Energiestrategie der Bundesregierung“, [https://greenpeace.at/assets/uploads/pdf/presse/IKES\\_Greenpeace%20Analyse.pdf](https://greenpeace.at/assets/uploads/pdf/presse/IKES_Greenpeace%20Analyse.pdf), Zugriff am 1.9.2019
- 31 IPCC vom 8.10.2019: „Summary for Policymakers of IPCC Special Report on Global Warming of 1.5°C approved by governments“: <https://www.ipcc.ch/2018/10/08/summary-for-policymakers-of-ipcc-special-report-on-global-warming-of-1-5c-approved-by-governments/>, Zugriff am 1.9.2019
- 32 Climate Action Network (CAN) Europe (2018): „Ranking der Ambitionen und Fortschritte der EU-Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung des Klimawandels“, <http://www.caneurope.org/docman/climate-energy-targets/3358-german-version-off-target-ranking-of-eu-countries-ambition-and-progress-in-fighting-climate-change/file>. Zugriff am 1.9.2019
- 33 derstandard.at vom 6.12.2019: „EU verliert durch Steuer-Betrug 1.000 Milliarden“, <https://www.derstandard.at/story/1353208393715/eu-verliert-durch-steuerbetrug-1000-milliarden-im-jahr>, Zugriff am 1.9.2019

- 13 Homepage immopreise.at, <https://www.immopreise.at>, Zugriff: 1.9.2019
- 14 Homepage der BAWAGPSK: Online Rechner, Kreditrechner, <https://www.bawagpsk.com/BAWAGPSK/PK/services/Rechner/277218/ueb-kreditrechnergross.html>, Zugriff 1.9.2019
- 15 Statistik Austria (Hrsg.) (2017): „Verbrauchsausgaben 2014/15. Sozialstatistische Ergebnisse der Konsumerhebung“, [www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?ldcService=GET\\_NATIVE\\_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=115753](http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?ldcService=GET_NATIVE_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=115753), Zugriff 1.9.2019
- 16 Vgl. derstandard.at vom 18.4.2018 „Regierung deckelt Strafen für Firmen, die Mitarbeiter nicht anmelden“, <https://www.derstandard.at/story/2000078198191/regierung-deckelt-straften-fuer-firmen-die-mitarbeiter-nicht-anmelden>, Zugriff am 1.9.2019
- 17 derstandard.at, Stand vom 23.4.2019: „Nur Einzelfälle? Die lange Liste rechter Ausrutscher“, <https://www.derstandard.at/story/2000072943520/nur-einzelfaelle-die-lange-liste-rechter-ausrutscher>, Zugriff 1.9.2019
- 18 Siehe u.a. kleinezeitung.at vom 23.05.2018: Zahlen der Regierung „nur schwer zu glauben“
- 19 Vgl. Stellungnahme des Rechnungshofes zum Entwurf eines Sozialversicherungs-Organisationsgesetzes/Notarversicherungs-Überleitungsgesetzes vom 13.10.2018, [https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/SNME/SNME\\_02603/imfname\\_714719.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/SNME/SNME_02603/imfname_714719.pdf), Zugriff am 1.9.2019
- 20 Figerl, J., Tamesberger, D., Theurl, S. (2019): „Wiedereinführung der Aktion 20.000 dringend notwendig“, A&W Blog vom 27.6.2019, <https://awblog.at/wiedereinfuehrung-aktion-20000/>, Zugriff am 1.9.2019 und
- 21 Sozialministerium (Hrsg.) (2017): „Zwischenbericht zur Aktion 20.000. Bilanz zum Ende der Pilotphase“, [https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/0/0/1/CH3582/CMS1511508633739/zwischenbericht\\_zur\\_aktion\\_20.000.pdf](https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/0/0/1/CH3582/CMS1511508633739/zwischenbericht_zur_aktion_20.000.pdf), Zugriff am 1.9.2019
- 22 Pichler M. in Mosaik vom 21.5.2017: „Warum es falsch ist, den Standort in die Verfassung zu schreiben“, <https://mosaik-blog.at/verfassung-standort-wachstum-wettbewerbsfaehigkeit-neoliberal-klima-umwelt/>, Zugriff am 1.9.2019
- 23 Vgl. u.a. noe.orf.at vom 6.8.2019: „CO2: Greenpeace widerspricht ASFINAG“, <https://noe.orf.at/stories/3007466/>, Zugriff am 1.9.2019: Die CO2-Emissionen stiegen um 2.5 Prozent bzw. 2.6 Prozent, wenn diese korrekt berechnet werden. Die Asfinag hat in ihren Berechnungen Emissionen von Fahrzeugen, die von der Tempoerhöhung nicht betroffen waren mitberechnet und in Folge lagen deren inkorrekten Werte niedriger.

## EINFÜHRUNG „12-STUNDEN-TAG“

Initiativantrag von ÖVP und FPÖ am 14. Juni 2018 zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes, daher kein ordentliches Begutachtungsverfahren. Am 5. Juli 2018 inklusive eines größeren Abänderungsantrags von ÖVP und FPÖ im Nationalrat beschlossen und am 1. September 2018 in Kraft getreten.

### Was beinhaltet die Gesetzesänderung?

Die tägliche Höchstarbeitszeit wurde von 10 auf 12 Stunden und die wöchentliche von 50 auf 60 Stunden erhöht. Die Zustimmung des Betriebsrats für eine Ausdehnung der Arbeitszeit über 10 Stunden ist nach der Gesetzesänderung nicht mehr nötig. Während ArbeitnehmerInnen die 11. und 12. Arbeitsstunde formal ablehnen können, ist die „Freiwilligkeit“ in der Realität fraglich. Ausnahmen von der Feiertagsruhe sind nun an vier Sonn- oder Feiertagen im Jahr ohne Begründung möglich<sup>1</sup>. Der Kreis der Personen, die das Arbeitszeitgesetz nicht schützt, wurde ausgedehnt.

Für Tourismus und Gastronomie wurde die tägliche Ruhezeit von 11 auf 8 Stunden gekürzt (bei geteilten Diensten?).

### Was sind die Konsequenzen?

Die Änderung ist eine einseitige Flexibilisierung der Arbeitszeit auf Kosten der ArbeitnehmerInnen. Für die Beschäftigten ist es aufgrund des Abhängigkeitsverhältnisses schwer möglich, Überstunden abzulehnen. Zusätzlich geht mit höheren Arbeitszeiten auch ein erhöhtes Unfallrisiko einher. Die Gesetzesänderung führte zu einer Schwächung der Betriebsräte und der Gewerkschaften.

### GEWINNERINNEN

ArbeitgeberInnen  
Unternehmen

### VERLIERERINNEN

ArbeitnehmerInnen  
Betriebsräte  
Gewerkschaften



## Endnoten

- 1 Homepage der Wirtschaftskammer: Die Novelle zum AZG und zum ARG, <https://www.wko.at/service/arbeitsrecht-sozialrecht/novelle-azg-arg.html>, Zugriff am 1.9.2019
- 2 Homepage der Arbeitsinspektion: Ruhezeit, [https://www.arbeitsinspektion.gv.at/inspektorat/Arbeitszeit\\_Arbeitsruhe/Arbeitszeit/Ruhezeit](https://www.arbeitsinspektion.gv.at/inspektorat/Arbeitszeit_Arbeitsruhe/Arbeitszeit/Ruhezeit), Zugriff am 1.9.2019
- 3 Wagner, N. (2019): „Sozialhilfe neu: Mehr Härte und Druck gegenüber Menschen in prekärer Lage“, A&W Blog vom 8.4.2019, <https://awblog.at/sozialhilfe-neu/>, Zugriff am 1.9.2019
- 4 Kittel, B., Stadlober, S. (2019): „Leben in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung“, A&W Blog vom 10.1.2019, <https://awblog.at/leben-in-der-mindestsicherung/>, Zugriff am 1.9.2019
- 5 Vgl. Oswald, G. in derstandard.at vom 10.3.2019: „Regierungs-PR: Starke Ausgabensteigerung unter Türkis-Blau“, <https://www.derstandard.at/story/2000099280353/oeffentlichkeitsarbeit-massive-ausgabensteigerung-unter-tuerkis-blau>, Zugriff am 1.9.2019
- 6 Vgl. diepresse.com vom 6.6.2019: „231.000 Euro Steuergeld für Kurz‘ Familienfest“, <https://diepresse.com/home/innenpolitik/5639977/231000-Euro-Steuergeld-fuer-Kurz-Familienfest>, Zugriff am 1.9.2019
- 7 Vgl. News.at vom 9.7.2019: „ÖVP-„Familienfest“ noch teurer als angegeben – Vieldiskutiertes Fest in Schönbrunn kostete um 70.000 Euro mehr“, <https://www.news.at/a/kosten-kurz-familienfest-10856019>, Zugriff am 1.9.2019
- 8 Vgl. Homepage des Parlaments: Anfragebeantwortung 3663/AB vom 31.7.2019, [https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/AB/AB\\_03663/imfname\\_763380.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/AB/AB_03663/imfname_763380.pdf), Zugriff am 1.9.2019
- 9 Vgl. u.a. Oswald, G. in derstandard.at vom 16.5.2018: „Türkis-blaue Minister beschäftigen mehr als 280 Mitarbeiter“, <https://www.derstandard.at/story/2000079857600/tuerkis-blaue-minister-beschaefigten-mehr-als-280-mitarbeiter>, 1.9.2019
- 10 Vgl. Homepage des Bundeskanzleramts, <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/medien/ministerraete/ministerraete-bis-mai-2019/55-ministerrat-am-1-mai-2019.html> (Entlastung Österreich, 55/15), Zugriff am 8.9.2019
- 11 Vgl. Bernhofer, D. (2019): „Die Gewinner der Steuerreform“, A&W Blog vom 28.1.2019, <https://awblog.at/gewinner-steuerreform/>, Zugriff am 1.9.2019
- 12 Szigetvari, A. in derstandard.at vom 30.4.2019 „Regierung steigt mit Entlastung in den internationalen Steuerwettbewerb ein“, <https://www.derstandard.at/story/2000102256750/senkung-der-koerperschaftssteuer-zwischen-geschenk-und-kampfansage>, Zugriff am 1.9.2019

# KÜRZUNG DER BEDARFSORIENTIERTEN MINDESTSICHERUNG

Mit 1. Juni 2019 trat das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz in Kraft, welches von ÖVP und FPÖ am 25. April 2019 im Nationalrat beschlossen wurde.

## Was beinhaltet die Gesetzesänderung?

Die Sozialhilfe, die bis zur Gesetzesänderung noch „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ hieß, ist als letztes soziales Netz dafür konzipiert, Menschen in besonders schwierigen Lebenslagen zu unterstützen. Durch den Gesetzesbeschluss der ÖVP-FPÖ Regierung wurden den Ländern erstmals Obergrenzen für die Leistungshöhe vorgeschrieben, der Erhalt wurde an den Nachweis von Sprachkenntnissen geknüpft und die Leistungen für Kinder stark reduziert<sup>3</sup>. Mit dem neuen Gesetz bekommt eine Familie für das erste Kind rund 20 Euro weniger, für das zweite 100 Euro und für jedes weitere Kind 200 Euro weniger als zuvor.

## GEWINNERINNEN

Keine

## Was sind die Konsequenzen?

Obwohl die Ausgaben der Sozialhilfe nur rund 1 Prozent der gesamten Sozialausgaben ausmachen, wurden die Gelder für Familien stark zurückgefahren. Betroffen sind vor allem Kinder sowie ältere und kranke Menschen, die am Arbeitsmarkt nur geringe Chancen haben und daher am stärksten auf die Sozialleistung angewiesen sind<sup>4</sup>. Sie machen den Großteil der BezieherInnen aus. Besonders bei Kindern hat Armut langfristig negative Auswirkungen auf ihre Zukunftschancen. Mit den Kürzungen wird die Armut erhöht anstatt bekämpft. Das letzte soziale Auffangnetz wird damit für alle durchlöchert und wieder stärker Richtung Almosen gestaltet.

## VERLIERERINNEN

Familien, Kinder

Menschen mit schlechten Deutsch- oder Englischkenntnissen

ArbeitnehmerInnen

## WUSSTEST DU, DASS ...

... mit der türkis/schwarz-blauen Regierung die Ausgaben für Regierungs-Werbung sehr stark erhöht wurden? Anstatt der von FPÖ und ÖVP geforderten Einsparungen „im System“ gaben sie für ihr eigenes Marketing und „Message Control“ weit mehr aus als bisher: 2018 lagen die Ausgaben bei rund 45 Millionen Euro.<sup>5</sup>

... das am 1. Mai 2019 vom damaligen Kanzler Kurz und ÖVP-Ministerinnen veranstaltete Familienfest von den SteuerzahlerInnen bezahlt wurde? Die Kosten beliefen sich laut erster Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage auf 231.000 Euro, davon 45.000 für Werbung<sup>6</sup>. In einer zweiten Anfrage an die nachfolgende Regierung wurden sie noch höher ausgewiesen, nämlich 301.000 Euro.<sup>7</sup>

... die Einschaltkosten für den Beginn (Zeitraum 27.2.-31.3.2019) der Kampagne für die Pläne zur Steuerreform - noch bevor überhaupt Details bekannt waren - knapp 680.000 Euro ausmachten?<sup>8</sup>

... in den Büros der schwarz-blauen MinisterInnen und auch der neuen GeneralsekretärInnen viel mehr Personen beschäftigt waren, als unter der Vorgänger-Regierung?<sup>9</sup> Die Position der GeneralsekretärInnen wurde (in den meisten Ministerien) erst durch diese Regierung neu geschaffen und kann ohne Ausschreibung direkt besetzt werden. Hinzu kamen noch neue Stellen im Bundeskanzleramt wie der „Regierungssprecher“, die Stabstelle für „Strategische Kommunikation“ und die inzwischen aufgelöste Stabstelle „Think Austria“ sowie beim damaligen Vizekanzler das inzwischen ebenfalls aufgelöste „Denkwerk Zukunftsreich“.

## NICHTRAUCHERINNENSCHUTZ

Eine Gesetzesänderung des NichtraucherInnenenschutzgesetzes wurde am 22. März 2018 im Nationalrat und am 5. April 2018 im Bundesrat von ÖVP und FPÖ beschlossen. Es umfasst in erster Linie eine Verhinderung des Inkrafttretens eines Rauchverbots in der Gastronomie mit Mai 2018.

### Was umfasst das Gesetz?

Im Jahr 2015 wurde ein Rauchverbot für Räumlichkeiten beschlossen, in denen Essen und Trinken zubereitet und verkauft werden, was in erster Linie die Gastronomie betrifft. Dieses Verbot wäre im Mai 2018 in Kraft getreten. Mit dem neuen Gesetz wurde das Inkrafttreten des NichtraucherInnenenschutzes mit den Stimmen der FPÖ und ÖVP verhindert, obwohl die ÖVP das Verbot 2015 mitbeschlossen hatte. Dies ist besonders brisant, da das Volksbegehren „Don't Smoke“, eines der erfolgreichsten Volksbegehren der Geschichte Österreichs war. Zusätzlich wurde ein Verbot des Verkaufs von Tabakprodukten an unter 18-Jährige beschlossen.

### Was sind die Konsequenzen?

Eine Ausweitung des NichtraucherInnenenschutzes, welche von allen Gesundheitsorganisationen wie der WHO etc. dringend empfohlen wird, wurde verhindert. Die bestehenden Regelungen zum Rauchen in der Gastronomie wurden beibehalten.

*Mittlerweile (am 2. Juli 2019) wurde das Rauchverbot wie 2015 vorgesehen mit den Stimmen der SPÖ, NEOS, Liste Jetzt und ÖVP wieder beschlossen und tritt ab November 2019 in Kraft.*

### GEWINNERINNEN

Die Tabakindustrie

RaucherInnen, die nicht bereit sind, in gemeinsam genutzten Räumlichkeiten auf das Rauchen zu verzichten

### VERLIERERINNEN

Menschen, die in der Gastronomie arbeiten

Die Gesundheit der Bevölkerung durch Passivrauchen

# KÖST-SENKUNG

Im Ministerrat am 1. Mai 2019 werden die Eckpunkte der von ÖVP und FPÖ geplanten Steuerreform präsentiert, diese beinhalten eine Senkung des KÖST Steuersatzes. Gesetzlich sind diese Maßnahmen nicht beschlossen worden, da es zur Auflösung der Koalition kam bevor dieses umfassende Steuerreformpaket für die Jahre 2020-2022/23 beschlossen werden konnte.<sup>10</sup>

## Was beinhaltet die Gesetzesänderung?

Die KÖSt ist eine Steuer, die auf Gewinne von Kapitalgesellschaften, also GmbHs und AGs, anfällt. Im Rahmen der Steuerreform soll die Körperschaftssteuer (KÖSt) schrittweise von bisher 25 % auf 23 % im Jahr 2022 und auf 21 % im Jahr 2023 gesenkt werden.

## Was sind die Konsequenzen?

Besonders profitieren würden die Top 5 % der Unternehmen, welche 80 % der KÖSt bezahlen<sup>11</sup>. ÖVP und FPÖ erfüllen somit eine Langzeitforderung großer Unternehmen. Dem Staat entgehen dadurch wichtige Einnahmen, die in soziale oder öffentliche Leistungen investiert werden könnten. Hingegen reagieren Unternehmen auf Steuersenkungen nicht mit mehr Investitionen, sondern verbessern in erster Linie ihre Gewinnaussichten<sup>12</sup>.

## GEWINNERINNEN

Großkonzerne

## VERLIERERINNEN

Die Gesellschaft





Für junge Menschen ist #Eigentum die beste Maßnahme gegen #Altersarmut.  
 @sebastiankurz #puls4 #nrw17 #kurz2017

Translate Tweet  
 1:14 PM - 25 Sep 2017

# INDEXIERUNG DER FAMILIENBEIHILFE

Diese Maßnahme von ÖVP und FPÖ trat am 1. Jänner 2019 in Kraft. Am 24. Jänner 2019 hat die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich eingeleitet.

## Eine kurze Rechnung

(Durchschnittspreise, Medianlohn, 100m<sup>2</sup>, Eigenkapital 50.000 €)

Ausgaben	Einnahmen
Was kostet es eine Wohnung <sup>13</sup> zu kaufen: Burgenland, NÖ, Kärnten, Steiermark 200.000 – 350.000 € Oberösterreich ca. 400.000 € Tirol, Salzburg ca. 600.000 € Wien 400.000 – 700.000 €	
Annahme Durchschnittspreis: 400.000 €	
Wohnungskaufnebenkosten: 40.000 €	
+ Kreditfinanzierung: 50.000 €	
<hr/>	
= Summe = 490.000 €	
Macht eine <b>monatliche Rate von ca. 1.400 € rund 29 Jahre lang</b> <sup>14</sup> (... ohne Betriebskosten und Lebenshaltungskosten ...)	Die untersten 25 Prozent (jede 4. Person) verfügen über <b>weniger als 1.420 € Netto im Monat</b> <sup>15</sup> .

Wer hätte es vermutet?

Wer von Armut betroffen ist, kann sich keine Wohnung kaufen...

## Was umfasst das Gesetz?

Eltern, die in Österreich arbeiten und Steuern zahlen, haben unter anderem Anspruch auf Familienbeihilfe und auf damit einhergehende Leistungen wie den Kinderabsetzbetrag. Durch die Gesetzesänderung von ÖVP und FPÖ wird die in Österreich ausbezahlte Familienbeihilfe nun an die Lebenshaltungskosten des jeweiligen Wohnstaates des Kindes angepasst.

## Was sind die Konsequenzen?

Abhängig vom Wohnort der Kinder kommt es zu Kürzungen der Familienbeihilfe. Am stärksten betroffen sind Menschen, deren Kinder in Bulgarien, Rumänien, Polen und Ungarn leben<sup>46</sup>. Durch die Maßnahme besteht die Gefahr, dass es zu Arbeitskräfteengpässen in Bereichen kommt, die stark von ArbeiterInnen aus EU-Mitgliedsstaaten abgedeckt werden. Dazu zählt beispielsweise die Altenpflege aber auch die Feldarbeit und der Tourismus.

## GEWINNERINNEN

Keine

## VERLIERERINNEN

ArbeitnehmerInnen

Jene, die auf Arbeitskräfte aus EU-Mitgliedsländern angewiesen sind (insbesondere Pflegebedürftige)

# DIREKTE DEMOKRATIE? NUR WENN ES UNS PASST.

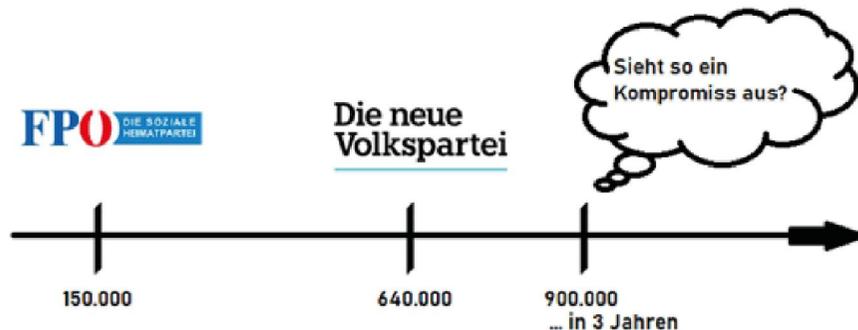
Im Wahlkampf 2017 war direkte Demokratie eines der Kernthemen. Die Forderung: Sammelt ein Volksbegehren eine bestimmte Anzahl an Unterschriften, soll es automatisch zu einer verbindlichen Volksbefragung kommen. Forderung nach einer Volksbefragung:

ab 150.000 Unterschriften (FPÖ)<sup>40</sup>

ab 640.000 Unterschriften (ÖVP)<sup>41</sup>.

Der „Kompromiss“ Vorschlag:

900.000 Unterschriften und das erst ab 2022<sup>42</sup>.



Die drei erfolgreichsten Volksbegehren 2019:

- Don't smoke: 881.569 Unterschriften
- Frauenvolksbegehren: 481.906 Unterschriften
- ORF ohne Zwangsgebühren: 320.239 Unterschriften<sup>43</sup>

Diese Themen scheinen der Bevölkerung sehr wichtig zu sein, der Regierung sind sie egal. Sie verließ bei den Hearings im Parlament den Saal und hörte sich die Anliegen der BürgerInnen nicht einmal an<sup>44</sup>. Keine der Forderungen wurde von Seiten der Regierung umgesetzt<sup>45</sup>.

# DECKELUNG STRAFEN: SOZIAL- VERSICHERUNGSBETRUG FIRMEN

Die im Budgetbegleitgesetz versteckte Regelung wurde am 17. April 2018 mit Stimmen der ÖVP und FPÖ im Nationalrat und am 26. April im Bundesrat beschlossen. Es trat am 1. Jänner 2019 in Kraft<sup>16</sup>.

## Was umfasst das Gesetz?

Die Strafen für Sozialversicherungsbetrug wurden gedeckelt: Die Regelung sieht vor, dass Unternehmen, die Sozialbetrug begehen, indem sie ihre Angestellten nicht oder zu spät bei der Sozialversicherung anmelden, maximal 855 Euro Strafe bezahlen müssen. Bislang waren Strafzahlungen bis zu 50.000 Euro möglich.

## Was sind die Konsequenzen?

Unternehmen müssen bis zum 15. des Monats die Beitragsgrundlage für die bei ihnen beschäftigten MitarbeiterInnen bei der Sozialversicherung melden. Für Falschmeldungen, fehlende oder spätere Meldungen

waren Strafen von 5 bis 50 Euro pro beschäftigter Person vorgesehen. Für ein großes Unternehmen, das seine Beschäftigten nicht korrekt bei der Sozialversicherung meldet, konnten dadurch Strafen in Höhe von bis zu 50.000 Euro anfallen. Von der Deckelung der Strafen profitieren daher vor allem Großbetriebe, die sich nicht an Gesetze halten. Für die öffentliche Hand kommt es hingegen zu weniger Einnahmen für die Finanzierung der Sozialsysteme. Angesichts der nun geringen Strafen könnte es zu vermehrten Fällen von Spät-, Falsch- oder überhaupt fehlenden Meldungen von ArbeitnehmerInnen kommen. Dies schlägt sich wiederum in niedrigeren Ansprüchen bei Pensions- oder Arbeitslosenversicherung nieder.

## GEWINNERINNEN

Großkonzerne, die sich nicht an Gesetze halten

## VERLIERERINNEN

ArbeitnehmerInnen

Öffentliche Hand

Unternehmen, die sich an die Gesetze halten

# RECHTSEXTREME „EINZELFÄLLE“ DER FPÖ SEIT REGIERUNGSANTRITT 2017

Der Standard dokumentiert seit Regierungsantritt „rechtsradikale Entgleisungen in allen Parteien“ – hier ein stichwortartiger Auszug zu FPÖ-„Einzelfällen“.

FPÖ-Gewerkschafter mit Nazi-Postings | FPÖ Braunau dichtet über Ratten „mit Kanalisationshintergrund“ | Verstrickungen der Linzer FPÖ mit Identitären | Welser „Stadtordner“ dealt mit Hakenkreuzen | Identitäre Verflechtungen mit der FPÖ | Rechtsextremer Büroleiter für Nationalratspräsidentin | Kein Sperrvermerk beim Heer für Identitäre | Zwei FPÖ-Abgeordnete in NS-verherrlichender Facebook-Gruppe | „Integrier“ Blauer mit Kontakten zu radikalen Neonazis kehrte zurück | Vilimsky soll „rechtsextreme Szene“ mit Inseraten finanziert haben | FPÖ-Landesrat Waldhäusl will „Sonderbehandlung“ für integrationsunwillige Asylwerber | Kickl über Neonazis und Rechts extremismus: „Kennt Rechtsordnung nicht als Straftatbestand“ | FPÖ Döbling will keine muslimischen Migranten in Gemeindebauten | Wiens FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp nimmt an RFS-Stammtisch teil. Zwei bekannte Identitäre auch | Brauchtumsgruppe aus rechtsextremem Eck in Parlament eingeladen | Rassistisches FPÖ-Video führt zu „dunkelgelber Karte“ für Mitarbeiter | FPÖ-Politiker gedenken Nazi-Fliegern | FPÖ-Gemeinderat postet Interpretation von Jesus als „Naziverehrer“ | Sprecher von Vizekanzler Strache wird als Sprecher bei rechtsextremem Treffen des Netzwerkes von Götz Kubitschek angekündigt | Generalsekretär im Innenministerium in antisemitischer Facebook-Gruppe | „Sieg Heil“ und Nazipornos am Wallersee | Mauthausen-Komitee wirft Welser FPÖ-Bürgermeister Geschichtsfälschung vor | Kabinettsmitarbeiter von Verteidigungsminister Mario Kunasek (FPÖ) mit fragwürdigen Facebook-Aktivitäten | Nazi-Posting auf Seite der FPÖ Vöcklamarkt | Umstrittener FPÖ-Mann soll Verwaltungsrichter werden | FPÖ zeigt unschuldigen Lehrling an | FPÖ-Stadtrat schimpft über „Neger und Schwuchtel“ in ÖBB-Werbung | 8,88 Kilometer lange Wanderung | FPÖ-Mitglied verbreitet Videos von Nazi-Modellflugzeug | FPÖ-Landesrat Waldhäusl will Registrierung von Beziehern koscheren Fleisches | FPÖ-Politiker tritt nach rassistischem „Kongoaffen“-Posting aus Partei aus | Soldat und blauer Gewerkschafter wegen NS-Wiederbetätigung, Verhetzung, Quälens eines Gefangenen und gefährlicher Drohung vor Gericht. Rechtmäßig verurteilt | Einschlägiges Konzert bei Burschenschaft von FPÖ-Landesrat Podgorschek | Rechtsextreme „Aula“ nennt Cesar Sampson „ORF-Quotenmohr“ | Kinokette weigert sich, einen Spot der FPÖ-Jugend zu zeigen | FPÖ-Jugendfunktionär bekannte sich als Nationalsozialist | FPÖ-Mitarbeiter teilt rassistische Story auf Instagram | FP-Klubchef Gudenus springt auf Anti-Soros-Kampagne auf | Mitarbeiter von Norbert Hofer „gefällt“ Lokal, das Hitler-Geburtstag feiert | Rassistische Kommentare zu roter Bezirkspolitikerin | FPÖ-Gemeinderäte sollen Hitlerbilder geteilt haben | FPÖ-Bezirksrat und diplomatischer Vertreter postet Hakenkreuz | Justiz ermittelt gegen blauen Spitzenpolizisten Preisler | Ehemaliger FPÖ-Landesparteiobmann behauptet, Burschenschafter seien wie Juden verfolgt worden | Hitler-Bilder via Whatsapp verschickt | Grazer FPÖ-Vizebürgermeister Mario Eustacchio spricht am rechtsextremen Treffen „Verteidiger Europas“ | Zweites antisemitisches Liederbuch | FPÖ-Funktionär mit engen Kontakten zu den rechtsextremen Identitären | FPÖ-Mann Heinrich Sickl wird unter Protest angelobt | „Untermenschen“-Eintrag auf Facebook | Strache-Sprecher zitierte neonazistischen Wikipedia-Klon | Landbauer und das Germania-Liederbuch | Kickl will Asylwerber „konzentriert halten“ | Ehemaliger Chefredakteur von „unzensuriert.at“ wird Kommunikationschef | Ausschluss nach Like für Rechtsrock-Lied | Mitarbeiter mit Hakenkreuzfoto | Nazi-propaganda zu Weihnachten | Andreas Bors verzichtet auf Bundesratsmandat | FPÖ verhöhnt Johanna Mikl-Leitner als „Moslem-Mama“ | FPÖ-Funktionär wünscht Grünen-Politikerin Gruppenvergewaltigung<sup>17</sup>

# VORRANG FÜR INTERNATIONALE KONZERNABKOMMEN

Am 13. Juni 2018 beschlossen ÖVP, FPÖ & NEOS das Handelsabkommen mit Kanada („CETA“) im Nationalrat. Eine Volksabstimmung dazu wurde abgelehnt. Am 28. März 2019 folgte der Beschluss des Abkommens mit Kolumbien und Peru. Dieses war zuvor über 6 Jahre lang im Nationalrat aufgrund schwerer menschenrechtlicher Bedenken auf Eis gelegen.

## Was umfassen die Abkommen?

Da die Zollniveaus zum großen Teil ohnehin bereits niedrig sind, stehen sogenannte „Handelshemmnisse hinter der Grenze“ im Fokus. Diese betreffen Standards jeglicher Art und beinhalten Auflagen zur Liberalisierung von Dienstleistungsmärkten und öffentlicher Infrastruktur, öffentlicher Vergabe, Absicherung geistiger Eigentumsrechte u.v.m. Die hohe Reichweite zeigt sich bei CETA im Rahmen der „Regulierungskooperation“: Damit können Gesetzesvorschläge frühzeitig auf ihre „Konformität“ überprüft und als vermeintliches Handelshemmnis unter Druck gesetzt werden (z.B. zur Lebensmittelsicherheit). Darüber hinaus umfasst CETA den so-

genannten „Investitionsschutz“. Multinationale Konzerne können mithilfe der eingeräumten Sonderklagerechte Staaten zusätzlich unter Druck setzen, ihre Interessen zu bedienen (z.B. durch Drohungen auf Schadenersatz).

## Was sind die Konsequenzen?

Transnationale Kapitalinteressen erhielten (noch) mehr Durchschlagskraft. Gegenüber Kolumbien und Peru wurde zudem ein Druckmittel gegen die fortlaufende Verfolgung sowie Ermordung von Menschenrechts- und GewerkschaftsaktivistInnen aus der Hand gegeben. Die Durchsetzbarkeit hoher internationaler Standards in Bereichen wie Soziales und Umwelt bleibt hingegen zahnlos.

## GEWINNERINNEN

Multinationale Konzerne, Teile der Exportindustrie und ihre Lobbies

Wettbewerbsstaatliche Bürokratie

## VERLIERERINNEN

BürgerInnen, VerbraucherInnen, ArbeitnehmerInnen

Demokratie und internationale Solidarität

## UND NOCH EIN PAAR INTERESSANTE IDEEN

**Wasser-Profit:** Heinz-Christian Strache sprach in Ibiza mit der russischen Oligarchin unter anderem über den Verkauf des heimischen Wassers. Man könne „einen Betreiber für das Wasser engagieren, der das ‚privatwirtschaftliche managt““ „Strache denkt offenbar an eine Konzessionsvergabe. [ ...]Dass der Staat nur noch ‚eine Sperrminorität‘ halten könnte, wie Strache an anderer Stelle erklärt, käme einem Ausverkauf des Wassers gleich.“<sup>36</sup> Und das obwohl die FPÖ im Wahlkampf 2017 noch forderte: Kein Ausverkauf des heimischen Wassers.

**Herbert Kickls Idee der Polizeipferde ist teuer:** Das Innenministerium sprach von 600.000 Euro, der Kurier spricht sogar von 2,5 Mio. Euro.<sup>37</sup> Für dieses Geld hätten auch Sozialprogramme, Bildung oder Umweltmaßnahmen finanziert werden können. Auch Tierschutzverbände kritisieren die Einführung. Das Projekt wird nun geprüft.

**Herbert Kickl schuf eine neue „Leibgarde“:** Nach der Wahl wurde auf Weisung des Innenministeriums ein Sondertrupp des Landesamtes für Verfassungsschutz neu geschaffen, der – nicht nur aber überwiegend – vier FPÖ-MinisterInnen bewachte. Ein Personenschutz steht normalerweise lediglich dem Bundespräsidenten bzw. der Bundespräsidentin, der Kanzlerin bzw. dem Kanzler und der/dem InnenministerIn zu.<sup>38</sup>

**Sicherheitskosten für private Hochzeit:** Die Kosten für die Sicherheit auf der Hochzeit der damaligen Außenministerin Karin Kneissl mit Wladimir Putin als Gast betragen 223.000 Euro und wurden aus Steuergeldern bezahlt. Es waren 120 Beamte und die Cobra im Einsatz.<sup>39</sup>

## UMBAU DER SOZIALVERSICHERUNG

Das Sozialversicherungs-Organisationsgesetz wurde am 13. Dezember 2018 mit Stimmen der ÖVP und FPÖ im Nationalrat und am 20. Dezember im Bundesrat beschlossen. Die Umsetzung soll bis Ende 2019 abgeschlossen sein.

### Was umfasst das Gesetz?

Die Gebietskranken werden unter der neu gegründeten Österreichischen Gesundheitskasse zusammengefasst, sollen aber weitestgehend selbstständig bleiben. SVA und SVB bzw. BVA und VAEB werden jeweils fusioniert. PVA und AUVA, diese unter strengen Sparauflagen, bleiben aber bestehen. Das Gesetz sieht massive Einschnitte in die Selbstverwaltung vor. Sozial- und Finanzministerium erhalten mehr Aufsichtsrechte. Die Sozialversicherungsprüfung wird von den Sozialversicherungen zum Finanzministerium verlegt.

### Was sind die Konsequenzen?

Eine Leistungsharmonisierung ist weiterhin nicht vorgesehen. In der Selbstverwaltung wird die Macht zu den UnternehmensvertreterInnen verlagert: Statt Vorstand und Generalversammlung (mehrheitlich ArbeitnehmerInnen bei fast allen Kassen), in denen die Entscheidungen getroffen werden, und der Kontrolle (durch mehrheitlich ArbeitgeberInnen), gibt es nur noch den Verwaltungsrat (1:1 besetzt). Die Einsparungen – laut Regierung in Höhe von 1 Mrd. vor allem in der Verwaltung – und in der Selbstverwaltung werden von vielen Seiten angezweifelt (z.B. IHS<sup>18</sup>, Rechnungshof<sup>19</sup>). Es entstehen Fusionskosten (€ 300-400 Mio.) und diverse Mehrkosten (z.B. bundesweiter Ärztesgesamtvertrag).

### GEWINNERINNEN

UnternehmensvertreterInnen  
Mehr direkter Einfluss durch Regierung

### VERLIERERINNEN

ArbeitnehmerInnen  
Versicherte

# EINFÜHRUNG FAMILIENBONUSPLUS

Am 4.7.2018 im Nationalrat von ÖVP und FPÖ als Teil des Jahressteuergesetzes 2018 beschlossen- In Kraft getreten am 1.1.2019.



## Was beinhaltet die Gesetzesänderung?

Der Familienbonus Plus ist ein steuerlicher Absetzbetrag, der die zu zahlende Lohn- bzw. Einkommenssteuer verringert. Der Betrag beträgt pro Kind, für welches Familienbeihilfe bezogen wird, bis 18 Jahre 1.500 und ab 18 Jahren maximal 500 Euro. Nach lautwerdender Kritik wurde der Familienbonus um den Kindermehrbetrag erweitert, wodurch AlleinerzieherInnen und AlleinverdienerInnen jedenfalls 250 Euro pro Kind erhalten<sup>34</sup>. Andere NiedrigverdienerInnen oder von Armut betroffene Familien erhalten nichts.

## Was sind die Konsequenzen?

Der Familienbonus Plus löst den Kinderfreibetrag (bis zu 440 Euro pro Kind) und die Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten (bis zu 2.300 Euro pro Kind) ab. Der volle Betrag kann nur von jenen Eltern ausgeschöpft werden, die über ein ausreichend hohes Einkommen verfügen, denn der Familienbonus Plus ist als einziger Absetzbetrag nicht negativsteuerwirksam. Schätzungen zufolge profitieren deshalb rund 700.000 Kinder nicht oder nur teilweise vom Familienbonus, da deren Eltern zu wenig Einkommen haben. So müssen zum Beispiel Eltern mit einem Kind zumindest ein Bruttoeinkommen von 1.750 Euro und mit 2 Kindern ein Bruttoeinkommen von 2.300 Euro aufweisen<sup>35</sup>. Die Steuersenkung verstärkt somit die Einkommensungleichheit.

## GEWINNERINNEN

Eltern mit mittleren bis hohen Einkommen, vor allem Männer, die  $\frac{3}{4}$  der Summe erhalten

## VERLIERERINNEN

NiedrigverdienerInnen, von Armut betroffene Familien, ArbeitnehmerInnen mit hohen Kinderbetreuungskosten

## ABBRECHEN DER AKTION 20.000

Weltweit fließt etwa die Hälfte des Handels durch Steueroasen.

In Europa haben 99 der 100 größten Unternehmen aus Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden Tochterunternehmen in Steueroasen.

Die EU-Kommission schätzt den jährlichen Steuerverlust auf rund 1.000 Milliarden Euro<sup>33</sup>.

Hier finden Sie die Maßnahmen der türkis-blauen Regierung gegen Steuerbetrug und -vermeidung:

... Wir haben nichts gefunden ...

Die Aktion 20.000 wurde von der vorherigen Regierung aus SPÖ und ÖVP eingeführt und im Juli 2017 gestartet. Die ÖVP-FPÖ Regierung hat die Aktion 20.000 gestoppt.

### Was war die Aktion 20.000?

Die Aktion 20.000 sollte Arbeitsplätze insbesondere für ältere Langzeitarbeitslose schaffen, welche von Unternehmen trotz guter Wirtschaftslage kaum eingestellt werden. 20.000 Arbeitsplätze hätten direkt in den Gemeinden entstehen sollen. Gleichzeitig sollte gesellschaftlich sinnvolle Arbeit verrichtet werden, die sonst nicht finanziert worden wäre (wie Gartengestaltung, HausbesorgerInnen, Personal für Pflegeheime, ...). Vor allem bot das Programm Menschen eine Perspektive, die auf dem Arbeitsmarkt kaum mehr

Chancen haben, einen Job zu finden. Den Ausgaben für diese Jobs stehen Einsparungen im Arbeitslosengeld und Mehreinnahmen von Steuergeld und Sozialversicherungsbeiträgen gegenüber, sodass die Maßnahme nur eine geringe Mehrbelastung für das Budget wäre<sup>20</sup>.

### Was sind die Konsequenzen?

Durch den Stopp der Aktion 20.000 konnten nur ca. 4.000 Personen eine Beschäftigung beginnen und eine funktionierende Maßnahme zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit wurde ausgesetzt<sup>21</sup>.

### GEWINNERINNEN

Unternehmen, die von der disziplinierenden Wirkung von Arbeitslosigkeit profitieren

### VERLIERERINNEN

Langzeitarbeitslose, die am Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden  
Gemeinden und NGOs, die von den Arbeitsplätzen profitiert hätten.

# SCHLUSSLICHT DER KLIMAPOLITIK

Ab ihrem Regierungsantritt hat die Koalition von ÖVP und FPÖ Fakten im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik in Frage gestellt und trotz der Dringlichkeit das österreichische Nichthandeln im Bereich der Klima- und Energiepolitik fortgesetzt.

## Was wurde übergangen, unterwandert und ignoriert?

Bereits im Wahlkampf setzen sich ÖVP und FPÖ für eine dritte Flugpiste in Schwechat ein und versuchen ‚Standort‘ und ‚Wachstum‘ als Staatsziel festzulegen. Diese neuen Staatsziele würden wirksamen Umweltschutz erschweren<sup>22</sup>.

Im August 2018 erhöht Norbert Hofer auf ausgewählten Teilen der Autobahnen die Höchstgeschwindigkeit für PKWs auf 140 km/h. Diese Teststrecken dienen der Evaluierung, ob eine höhere Höchstgeschwindigkeitsgrenze CO<sub>2</sub> Emissionen steigert. Wie der menschenverursachte Klimawandel ist auch dies ein längst belegtes Faktum, das auch durch die Tests bestätigt wurde<sup>23</sup>.

Am 10. Dezember 2018 erhielt Österreich die Auszeichnung zum Fossil des Tages beim UN-Klimagipfel in Katowice<sup>24</sup>, da es sich im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft für eine Verlängerung der Rechtmäßigkeit von

Kohlesubventionen auf EU-Ebene bis 2035 einsetzte sowie die österreichische Fortsetzungsfinanzierung des Green Climate Fund offen ließ. Außerdem stellte Heinz-Christian Strache die menschenverursachte Klimakrise in Frage<sup>25</sup>.

Am 21. Dezember 2018 reicht die Regierung den Entwurf des österreichischen Klima- und Energieplans für den Zeitraum 2021-2030 bei der EU Kommission ein. Die Reaktion der EU Kommission<sup>26</sup> bestätigt die scharfe Kritik zivilgesellschaftlicher Organisationen:<sup>27</sup> Der Entwurf enthält keine ambitionierten Ziele, konkreten Maßnahmen, klaren Zuständigkeiten, verbindlichen Zeitpläne, Abfederung sozial ungleicher Auswirkungen und auch keine sichere Finanzierungsbasis. Der Klima- und Energieplan trägt daher in keiner geeigneten Weise zur Senkung von Treibhausgasen bei.

Am 3. Juli 2019 wird ein Steuerreformgesetz von ÖVP und FPÖ in den Nationalrat eingebracht ohne nennenswerte Ökologisierung des

Steuersystems<sup>28</sup> aber mit einer Fortsetzung umweltschädlicher Subventionen im Ausmaß von 3,8 bis 4,7 Mrd. Euro<sup>29</sup>. Zugleich wurden Investitionen in die Bahn – das klimafreundlichste Fortbewegungsmittel – alleine bis 2022 um zwei Milliarden Euro gekürzt<sup>30</sup>.

## Was sind die Konsequenzen?

Wie vom IPCC („Weltklimarat“) 2018 dargelegt, ist ein schnelles, umfassendes und beispielsweise Handeln aller gesellschaftlicher Akteure notwendig, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen<sup>31</sup>. FPÖ und ÖVP haben weitere Jahre verstreichen lassen und notwendige Umstrukturierungen im Bereich der

Produktion, Verteilung und des Konsums aufgeschoben. Folglich trägt Österreich weiterhin im internationalen Vergleich stark zur Klimakatastrophe bei<sup>32</sup>.

Die Klimakrise führt in Österreich unter anderem zu Hitzetagen, Hitzetoten (besonders in schwächer gestellten gesellschaftlichen Gruppen), Ernteaussfällen und schmelzenden Gletschern.

Darüber hinaus wird Österreich sein selbstgesetztes Klimaziel bis 2030 verfehlen und es drohen Strafzahlungen im Ausmaß mehrerer Millionen Euro.

## GEWINNERINNEN

Mineralölkonzerne sowie  
Vertreiber von Mineralöl

Autoindustrie sowie  
Straßenbauunternehmen

Industrielle Landwirtschaft

Bauindustrie

Höhere Einkommensgruppen, die  
überproportional viel emittieren

## VERLIERERINNEN

Alle, insbesondere sozial Schwächere, die sich nicht an die Klimaveränderungen anpassen können  
sowie jüngere Bevölkerungsgruppen

Die Natur